

Waldbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Waldbad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatl. M. 10.—, vierteljährl. M. 30.—
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
inlandischen Verkehr 33.— einschl. Postbestellgeld.
Einzelnummern 50 Pfg. : Girokonto Nr. 50 bei der
Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Waldbad.
Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Waldb.
Postfachkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren
Raum M. 1.20, auswärts M. 1.50. : Reklame-
zeile M. 4.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach
Tarif. Für Inseraten u. bei Anstufstellung werden
jeweils 1 M. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. : In Konturs-
fällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig
wird, fällt jede Nachlagewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Waldbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gad in Waldbad.

Nr. 66

Februar 179

Waldbad, Montag, den 20. März 1922

Februar 179

57. Jahrgang

Tagespiegel.

Die Wirtschaftsverhandlungen zwischen Danzig und
Polen wurden wieder aufgenommen.

Der „Tribuna“ zufolge haben erfolgreiche Verhand-
lungen über Rückgabe des in Italien beschlagnahmten
deutschen Eigentums stattgefunden.

Der erste Erlass des Papstes ist erschienen. Er bringt
insofern eine wichtige Änderung, als das Konklave
(Papstwahl der Kardinäle) künftig spätestens 18 (frü-
her 10) Tage nach dem Tode des Papstes beginnt.

In Athen wurde ein militärischer französischer Hilfs-
transport für die Türken beschlagnahmt.

Das Hauptquartier der englischen Regierungskom-
missionen gibt die endgültige Niederklämpfung des jüdisch-
türkischen Aufstands bekannt.

Aus Britisch-Ostafrika werden neue Kurven ge-
meldet.

Noch einmal die Steuerdebatte.

Ab. Die Rede des Reichsfinanzministers Dr. Hermes
bei Beginn der Steuerdebatte im Reichstag trug den
Stempel der Resignation. Dies hat seinen guten Grund
darin, daß auch die nächsternste Anzählung dessen, was der
Reichstag in den Angelegenheiten bewilligt hat, nicht die Tat-
sache verschleiern kann, daß unsere Finanzwirtschaft mit
Riesenritten dem Zusammenbruch entgegensteht.

Dr. Helfferich hatte sich die Aufgabe gestellt, der
Defizientlichkeit darzutun, welche Gefahren der derzeitige
Regierungslauf für das allgemeine Wirtschaftsleben und
damit für den einzelnen darstellt. Zunächst völpelhaft von
der Linken angegriffen, gewann er bald durch seine sach-
lichen Ausführungen das Interesse des Hauses. Vor allem
wandte er sich gegen die „Erfüllungspolitik“, die er als
kläglich gescheitert bezeichnete. Dann ging Helfferich
auf das Steuerkompromiß ein, dem die Zwangsanleihe das
Sampgebräde gibt. Er betonte, daß sich alle Parteien
bewußt waren, daß „angesichts der Notlage unseres Vol-
kes ganz besondere Anstrengungen gemacht und über große
Opfer gebracht werden müßten, um nicht vollständig im
Strudel unserer Revolutionkatastrophe zu versinken“. Man
müßte sich auch darüber klar sein, daß die Gesetz-
entwürfe weit über das hinausgingen, was Deutschland
an Steuern zu leisten imstande ist.

Die Zwangsanleihe bleibt darum insofern besonders
unverständlich, als noch ein großer Rest von Schulden
verblieb, der zunächst auf das Konto unserer Kontribu-
tionsleistungen zu schieben ist. Unter dem Gesichtspunkt
der Koalitionspolitik bekamen die Steuerentwürfe eine Ein-
schränkung, die sachliche Gesichtspunkte in den Hintergrund
drängte. Es kann demnach von einer unbedingten Zu-
stimmung zu den Steuerentwürfen nicht mehr die
Rede sein. Helfferich bezeichnete die jetzt obwaltende Poli-
tik als eine solche, die zerknirschend auf unser Wirtschafts-
leben wirkt. Immer und immer wieder wandte er sich
gegen „das Faß ohne Boden“, die Wirtschaftliche Erfüllungs-
politik.

Es haben sich in den Ententestaaten, vor allem in Eng-
land und Amerika, Stimmen erhoben, die die unünftigen
Ententeforderungen und damit unsere Politik aufs schärfste
verurteilen. Der Amerikaner Hoover hat besonders darauf
hingewiesen. Die deutsche Regierung sehe tatenlos zu,
Dr. Helfferich versagte im Namen seiner Partei der
Regierung die Gefolgschaft soweit die Zwangsanleihe, die
gegen alle Vernunft Geses wird, in Frage kommt. Die
Deutschnationalen hoben ihre Meinung kundgetan, jetzt
kommen noch die anderen Parteien an die Reihe. Man
wird mit Interesse einen Kampf zu verfolgen haben, der
dem Reichskanzler und seinem Finanzminister noch böse
Stunden bereiten wird.

Reichstag.

Berlin, 17. März.

Die Sitzung beginnt um 1 Uhr. Das Haus ist fast
leer. Zunächst werden einige kleine Anfragen erledigt.
Auf eine Anfrage der Demokraten über die Häufung
der Bandenüberfälle auf Banken und Geschäftshäuser
in Oberschlesien erklärt die Regierung, die Tatsache
sei ihr bekannt. Sie bitte um genaue Unterlagen. Sel-
ber könne sie kaum etwas unternehmen, da es ihr an
der Regierungsgewalt in Oberschlesien fehle. Die bis-

herigen Vorstellungen bei der Verbandskommission
seien erfolglos geblieben.

Abg. Becker-Hessen (D.Vp.) beantragt sodann, die
Sitzung abzubrechen, da kein für die Steuerentwürfe
zuständiger Regierungsvertreter anwesend ist.

Der Antrag wird mit 12 gegen 9 Stimmen ange-
nommen. (Weiterkeit.) Die Sitzung wird um 2 Uhr
fortgesetzt.

Kurz nach 2 Uhr wird die unterbrochene Sitzung
wieder aufgenommen. Das Haus ist jetzt gut besucht
und setzt die Beratung über das Mantelgesetz der
Steuerentwürfe, das heißt die Zusammenfassung der
einzelnen Steuergesetze und der Zwangsanleihe fort.

Abg. Dr. Becker-Hessen (D.Vp.): Trotz der guten
einkleidenden Rede des Finanzministers würde es der
Würde des Hauses und der Sache mehr entsprechen
haben, wenn der Reichskanzler selber das Wort er-
griffen hätte. Für In- und Ausland hätte das er-
greiflich zur Klärung über die Verhältnisse Deutsch-
lands beigetragen. Bei der ursprünglichen Vorlage
war ein Gleichgewicht zwischen direkten und indirekten
Steuern vorhanden. Dieses Verhältnis hat sich in-
zwischen durch die Zwangsanleihe wesentlich ver-
schoben. Der Redner wendet sich gegen die gestrigen Aus-
führungen Bernsteins über die Erfassung der Sach-
werte und wirft ihm trübselige Bährlässigkeit vor.
Uebrigens hat Dr. Helfferich keinerlei Vorschläge ge-
macht, wie er sich die Befundung unserer Wirtschaft
denkt. Wir haben einen erträglichen Ausbau der Ver-
mögenssteuer erreicht. Die Tarife sind wesentlich ab-
geschwächt. Wir haben erreicht, daß die Nachkriegs-
gewinnsteuer beseitigt und daß die Körperschaftsteuer
vernünftig ausgebaut ist. Die Umsatzsteuer ist erträg-
lich gestaltet. Dazu haben wir mit äußerstem Zwange
erreicht, daß die sparsamste Verwaltung eintritt. Die
Regierung hat erklärt, daß sie mit unserer Deutschrift
einstimmen ist und sie zu den Richtlinien ihrer künf-
tigen Politik machen will. Wenn Abg. Bernstein die
internationale Arbeiterschaft als stärksten Rückhalt be-
zeichnet, so sind wir nicht so vermessend, irgendwelche
Unterstützung abzulehnen. So optimistisch und illu-
sionistisch wie Bernstein sind wir aber nicht. Die
Schaffung eines Zusammenschlusses zu gemeinsamer
Arbeit ist für jeden Vaterlandsfreund dringende Auf-
gabe. Wir arbeiten daran mit, ohne Rücksicht auf die
Stimme der Straße. (Beifall.)

Abg. Herold (Zentr.) betont, daß bei dem Kompromiß
jede Partei Opfer bringen müssen. Unrichtig
sei, daß der Rest zu wenig belastet sei.

Abg. Henke (Unabh.) gibt seiner Freude über den
Ereignis zwischen den beiden Rechtsparteien Ausdruck.

Abg. Dr. Fischer-Röll (Dem.): Die Steuerentwerfung
muß auf die Steigerung der Produktivität ein-
gestellt werden. Für uns sind in erster Linie außer-
politische Rücksichten maßgebend. Etwas anderes heißt
die Außenpolitik sabotieren. Bei dem Kompromiß sind
wir von der Hoffnung ausgegangen, daß die Bestän-
digung der fünf Parteien zu einer Entgiftung der poli-
tischen Atmosphäre führen möge. Die parteipoliti-
schen Interessen müssen untergeordnet werden. Gestügt
das, so sind die Opfer nicht vergeblich gebracht. Red-
ner gibt sodann ein Bild über den Rückgang des deut-
schen Volksvermögens. Wir brauchen eine Wiederein-
gliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft, eine
Zurückführung der Entschuldigungsverlasten in die Gren-
zen des Erfüllbaren und eine Festigung des Wechsel-
kurses. Wir begrüßen die beabsichtigte Vereinfachung
der Steuerverwaltung und Steuerentwerfung. Das
Kompromiß hat den Vorteil, daß es trotz der hohen
Lasten eine gewisse Ruhe bringt, daß die Wirtschaft
wenigstens weiß, woran sie ist. Die sogenannten
„Richtlinien“ der Deutschen Volkspartei sind ledig-
lich eine Zusammenstellung unseres finanzwirtschaftli-
chen Steuerprogramms. Das Kompromiß ist ein Ver-
weis dafür, daß das deutsche Volk reif ist für den
demokratischen und parlamentarischen Staatsgedanken.
Das mag ein günstiger Ausfall für Genua sein. (Beif.)

Reichsfinanzminister Dr. Hermes stellt mit Bedau-
ern fest, daß der Abg. Bernstein bei seinem großen
internationalen Ansehen gestern Zweifel gezogen hat,
daß in Deutschland die Einkommensteuern höher seien,
als in anderen Ländern. Diese Darstellung ist uns im
Auslande höchst nachteilig.

Neues vom Tage.

Pünktliche Zahlung der 8. Goldmark-Rate.

Berlin, 18. März. Die heute fällige 8. Defaden-
zahlung in Höhe von 31 Millionen Goldmark ist be-
reits an die Reparationskommission geleistet worden.
Der Gesamtbetrag der bisherigen Defadenzahlungen
beläuft sich damit auf 248 Millionen Goldmark.

Die Kanzler-Konferenz mit den Parteien.

Berlin, 19. März. Am Freitag fand im Reichstag
eine Besprechung des Reichskanzlers mit den Par-
teien statt. Wie aus parlamentarischen Kreisen ver-
lautet, handelt es sich dabei um das Abkommen, das
der belgische Vertreter in der Reparationskommission,
Bemelman, in Berlin mit der Reichsregierung abge-
schlossen hat und um die darauf folgende Besprechung
mit der französischen Delegation über eine Ausgleich-
ung des Wiesbadener Abkommens in dem Bemelman-
Vertrag.

Widerlegung der Rede des französischen Kriegsministers.

Berlin, 19. März. Halbamtlich wird zu der Rede
des französischen Kriegsministers Maginot u. a. er-
klärt: Deutschland bietet ein so vollkommenes Bild
der allgemeinen Abneigung gegen den Krieg und der
vollkommensten moralischen Abrüstung, wie kaum ein
zweites Land der Welt. Wenn diese Stimmung, die
nach Beendigung des Krieges ausnahmslos vorherrscht,
heute da und dort Widerspruch erfährt, so ist dafür
nichts anderes der Grund, als die dem deutschen Volk
dauernd bereiteten Demütigungen und Qualen, für
die nicht zuletzt die Kontrollkommissionen mit ver-
antwortlich sind. Zu der immer wieder aufgewärmten
alten Behauptung, es würden noch Waffendepots ent-
deckt, muß einmal nachdrücklich gesagt werden, daß
seit dem 1. Oktober 1921 insgesamt überhaupt nur
8 Fälle von Waffenfunden durch die Militärkommis-
sion zur Kenntnis der deutschen Regierung gebracht
worden sind. Die Frage der Eisenbahngelände im
Schwarzwald ist so oft schon in ihrer wirtschaftlichen
Bedeutung klar gestellt worden, daß es unverständlich
ist, wie auf diese Sache wieder zurückgegriffen werden
kann. Was die Zahl der Offiziere der Reichswehr an-
belangt, so entspricht sie durchaus dem Friedensver-
trag. Daß die Schuppelzei nicht militärisch organi-
siert ist, hat die Regierung in ihrer Note an General
Nollet dargelegt. Die Behauptungen des französischen
Kriegsministers, wie sie in der Presse wiedergegeben
sind, entbehren jeder Begründung.

Änderungen am Wiesbadener Abkommen.

Frankfurt a. M., 19. März. Aus Paris wird der
„Frankf. Rtg.“ gemeldet: Die in Berlin von franzö-
sicher Seite zunächst nicht amtlich geführten Ver-
handlungen zur Aufhebung einzelner Bestimmungen
des Wiesbadener Abkommens haben nunmehr zu einer
unmittelbaren Einigung zwischen der deutschen und
der französischen Regierung geführt, auf Grund deren
gewisse Vorteile, die sich die Verbündeten Frankreichs
im Bemelmans-Vertrag gesichert hatten, auch auf das
Voudour-Markenaufkommen Ausdehnung finden sol-
len. Das Wichtigste dieser Änderung ist der Verzicht
auf das in Wiesbaden in Aussicht genommene System
der zentralisierten Auftragsübermittlung durch zwei
unter staatlicher Aufsicht stehende Organe, von denen
das französische die Befestigung der Geschädigten sam-
meln, das deutsche Verteilung der Aufträge an die
Industrie übernehmen soll. Auf Grund der neuen
Bereinigungen sollen unter Ausschaltung dieser staat-
lichen Zwischenorganisationen Besteller und Lieferer
unmittelbar miteinander verkehren. Die Folge davon
ist, daß auch die in dem Wiesbadener Abkommen ent-
haltene sehr verwickelte Regelung der Preise fallen
müßte zugunsten der freien Vereinbarung zwischen
Käufer und Verkäufer, wie sie im Bemelmans-Ver-
trag vorgesehen ist.

Deutsche Kartoffeln für Oesterreich.

Wien, 19. März. Zwischen der Oesterreichischen
und der deutschen Regierung schweben Verhandlungen be-
züglich der Lieferung von 270 Waggon Kartoffeln
aus Deutschland nach Oesterreich. Gleichzeitig sollen
aus Deutschland nach Oesterreich Saatkartoffeln ge-
liefert werden.

Die Konferenz der Neutralen.

Basel, 18. März. Zu der am morgigen Samstag
in Stockholm stattfindenden Vorbesprechung der drei
skandinavischen Außenminister werden die Schweiz,
Dänemark und Spanien durch ihre dort wohnhaften
Gesandten teilnehmen. Es ist gleichzeitig beabsichtigt,
zur Feststellung des Programms der Neutralen für
Genua eine Konferenz aller Neutralen nach Bern ein-
zuberufen. In den nächsten Tagen sollen hierüber
nähere Mitteilungen erfolgen.

Die englische Ministerkrise.

Basel, 19. März. Nach einer Meldung des „Corriere
della Sera“ aus Paris nimmt man in dortigen eng-
lischen Kreisen an, daß die Demission Lloyd Georges
nur noch die Frage weniger Tage, wenn nicht Stun-
den sein werde. Der Londoner Korrespondent des
„Matin“ glaubt, den früheren britischen Botschafter

in Paris, Lord Derby, als Nachfolger Lloyd Georges bezeichnet zu können. Lord Derby sei der überzeugteste Anhänger der Ententeordie in England und genießt die mächtigste Unterstützung Lord Northcliffes.

Fransösischer Gewerkschaftler in Deutschland.

Paris, 19. März. Am Freitag hat eine Delegation des französischen Bauarbeiter-Berbandes Paris verlassen, die in Deutschland das Werk der sozialen Bauwerke näher kennen lernen will. Dieser Delegation hat sich der Generalsekretär des Allgemeinen französischen Gewerkschaftsbundes, Jouhaux, angeschlossen. Es soll ferner das mit den deutschen Gewerkschaften in Frankfurt abgeschlossene Abkommen für die Wiederherstellung der Arbeit in Nordfrankreich ausgehandelt werden. Die Delegation begibt sich nach Köln, wo sie am Samstag eintrifft, von dort nach Essen, Dortmund, Magdeburg und Berlin.

Eine amerikanische Erklärung an die Alliierten.

Paris, 19. März. Aus Washington wird gemeldet, daß Staatssekretär Hughes demüßigt an Frankreich, England und Italien eine Note schicken werde, in der er die Forderung der amerikanischen Regierung auf Rückerstattung der Besatzungskosten erläutern wird.

Noch eine französische Brandrede.

Paris, 19. März. In der Kammer ergriff in der Fortsetzung der Erörterung über die Heeresreform am Freitag das Wort Andre Lefevre, früherer Kriegsminister. Nach dem Waffenstillstand habe er den Friedensvertrag von Versailles erlumpft. Habe er unrecht gehabt? Frankreich habe ein Drittel von dem, was es besessen habe, verloren. Frankreich könne allein die Wiederherstellungskosten nicht tragen, während Deutschland die einzige große Nation Europas sei, die der Krieg unberührt gelassen habe und die fähig sei, zu bezahlen. Schon während des Krieges hätten die Deutschen alles getan, um die industrielle Vorkriegsherrschaft sich zu sichern. Der Redner sprach alsdann davon, daß in den deutschen Fabriken Waffen verfertigt würden. Die militärischen Altien des Arsenals von Spandau habe man unter Siegel gelegt. Am anderen Tag seien sie verschwunden gewesen. Deutschland könne offenkundig schwere Artillerie nicht mehr herstellen, aber das könne im Ausland geschehen. Ein besonderer Typ deutscher Maschinengewehre könne 2000 Kugeln in der Minute abfeuern. Die Mobilisierungsbureaus rechneten mit sieben Millionen Mobilgemachten. Bei dem Ausbruch in Oberschlesien habe der deutsche General in kürzester Frist 100 000 Freiwillige zur Verfügung gehabt. General v. Seeckt habe es klar ausgeprochen, alle Mannschaften der Reichswehr müßten sich als Instrumete betrachten. Alle diese Tatsachen bewiesen die Notwendigkeit, daß Frankreich eine gewichtige militärische Mäßigung behalte. Lefevre besprach alsdann die vorgeschlagene Dienstzeit von achtzehn Monaten, die er nicht annehmen will, da noch nicht einmal mit der Ausführung des Friedensvertrags von Versailles begonnen worden sei.

Die Sachverständigenkonferenz in London.

London, 19. März. Die Sachverständigen-Konferenz für die Genue-Konferenz wird am Montag in London eröffnet werden. Außer Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien wird auch Japan dort vertreten sein. Der deutsche Finanzsachverständige Dr. Bergmann vom Finanzministerium, begleitet von zahlreichen Sachverständigen, befindet sich bereits seit letzter Woche in London.

Die Dauer der Genueer Konferenz.

London, 19. März. Dem politischen Berichterstatter von „Pall Mall and Globe“ zufolge wird erwartet, daß die Genueer Konferenz etwa einen Monat dauern wird. Lloyd George beabsichtigt jedoch, am Ende der zweiten oder anfangs der dritten Woche nach England zurückzukehren.

Eine Erklärung des badischen Justizministers.

Karlsruhe, 18. März. Im Haushalt des badischen Landtags erklärte der badische Justizminister Frunt die rechtliche Zulässigkeit des Vorgehens der badischen Staatsanwaltschaft in Bayern werde auch vom bayerischen Justizminister zugelassen. Ein Eingriff in die Justiz- und Polizeihohheit eines anderen Landes sei von Seiten Badens nie erfolgt und würde nie erfolgen. An der Verhaftung des Münchener Rechtsan-

walts Dr. Müller sei festgestellt, daß er in Budapest war, und es liege dringender Verdacht vor, daß er mit dem mutmaßlichen Mörder Tilleßen in Verbindung stand. Deshalb sei ein rasches Zugreifen seitens der badischen Untersuchungsbehörden nötig gewesen und zwar durch Organe, die den ganzen Zusammenhang der Sache von Anfang an kennen und bearbeitet haben. Der Münchener Oberstaatsanwalt, ebenso die Münchener Polizeidirektion seien mit den Maßnahmen der badischen Untersuchungsbehörden einverstanden gewesen. Bei den Hausdurchsuchungen in München seien dann Urkunden gefunden worden, die den Rechtsanwalt Müller und den Sanitätsrat Dr. Pittinger belasten, weshalb Voruntersuchung wegen Geheimbündelei erfolgte. Jegendwelche weitere Maßnahmen, die über den Rahmen des Untersuchungsprozesses hinausgehen, seien von der badischen Untersuchungsbehörden nicht getroffen worden. Wenn im bayerischen Landtag ausgeführt worden sei, es bestעה der Verdacht, daß die badischen Untersuchungsbehörden von Berlin Weisung erhalten hätten, so sei dies unzutreffend. Jegend eine politische Bestimmung eines anderen Staates liege der badischen Regierung fern.

Den eingehenden Ausführungen des Justizministers wurde im Haushaltsausschuß von verschiedenen Redner zugestimmt. Der Justizminister sagte noch an, daß der Münchener Staatsanwalt der badischen Untersuchungsbehörde sogar seine eigenen Untersuchungssachen in dieser Sache zur Verfügung gestellt habe.

Neuerleitung der großen Reichsteuern?

Berlin, 19. März. Bei der Beratung des Landessteuergesetzes im finanzpolitischen Ausschusse des Reichstags wurde am Donnerstag in zweiter Lesung zu den Par. 17, 43 und 50 folgende Entschliessung angenommen: „Mit Rücksicht auf die Notlage, in der sich vielfach die Gemeinden befinden, hält es der Ausschuss für erforderlich, daß die Frage der Teilung der großen Reichsteuern (Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer) zwischen Reich, Länder und Gemeinden einer besondere Nachprüfung sofort unterzogen wird.“ Dieser Beschluß ist im Interesse der finanziell überlasteten Gemeinden sehr zu begrüßen. Daß das Plenum des Reichstages dem Wunsch des Reichswirtschaftsrates in dieser Frage Folge leisten wird, ist wohl zu erwarten.

Der Organisator der Bandenraubüberfälle in Mitteldeutschland.

Berlin, 19. März. Auf eine Anfrage des Reichstagsabgeordneter Dr. Gremer ist durch Vermittlung des Reichsministers des Innern vom preussischen Minister des Innern folgende Auskunft erteilt worden: „Seit Ende 1920 sind namentlich in Mitteldeutschland — Thüringen, Braunschweig, Sachsen, Brandenburg — zahlreiche Bandenraubüberfälle verübt worden, von denen in der Hauptsache Raubkassen, Banken, Lohntransporte großer industrieller Werke, daneben aber auch Postämter betroffen wurden. Festgenommen sind bisher 26 Personen, darunter zwei weibliche. Zwischen sämtlichen Raubüberfällen scheint auf Grund der gleichartigen Tatausführung ein Zusammenhang zu bestehen. Einwandfrei festgestellt ist ein solcher bei 11 Überfällen, die nach Aussagen von Festgenommenen sämtlich unter der geistigen Leitung des Monteurs Karl Robert Plättner standen. Die Beute in barem Gelde dürfte eine Million weit übersteigen. In diesen Tagen ist nun in Halle ein Mann namens Karl Plättner festgenommen worden, der zugestanden hat, der Organisator der Berliner Erwerbslosen-demonstrationen und Geschäftskämpferungen gewesen zu sein. Vermutlich ist er mit dem polizeilich gesuchten Monteur Karl Robert Plättner identisch. Die Feststellungen darüber sind noch im Gang. Eine einheitliche und dadurch wirksame Bekämpfung derartiger gut organisierter Verbrecherbanden läßt sich erst ermöglichen, wenn die für Reich und Länder geplante Neuorganisation der Kriminalpolizei durchgeführt sein wird. Bereits seit längerer Zeit sind Verhandlungen mit den Ländern im Gange und ein entsprechender Gesetzentwurf hat wiederholt im letzten Jahre den Reichsrat beschäftigt. Leider haben die Verhandlungen bisher zu einem praktischen Ergebnis in dieser überaus wichtigen Frage noch nicht geführt. Es steht jedoch zu hoffen, daß sich die zurzeit noch bestehenden Schwierigkeiten beseitigen lassen.“

Eine Friedenserklärung der Bayerischen Volkspartei.

München, 19. März. Die Bayerische Volkspartei läßt erklären, daß sie nicht geneigt sei, auf die vorgestrichene Kampfansage des deutschnationalen Führers Hilbert einzugehen. Nicht die Politik der Bayerischen Volkspartei, sondern die Politik, die Dr. Hilbert jetzt anscheinend einschlagen beabsichtigt, könne in Bayern politische Entwicklungsmöglichkeiten anbahnen, welche auf das Beste bedauert werden müßten.

Die amerikanischen Besatzungskosten am Rhein.

Paris, 19. März. Im amerikanischen Senat macht sich sowohl unter den Demokraten wie unter den Republikanern eine Opposition gegen die weitere Befassung der amerikanischen Besatzungstruppen am Rhein geltend. Die sofortige Zurückziehung der Truppen wird von den Republikanern gefordert, da die Truppen nichts mehr in Deutschland zu tun hätten und die weitere Befassung nur dazu beitragen könne, die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas zu verhindern. Bezüglich der Besatzungskosten bereitet Staatssekretär Hughes eine Note an die Alliierten vor, worin er auf der Rückzahlung der Besatzungskosten besteht, sich aber bereit erklärt, vernünftige Vermittlungsvorschläge anzunehmen. Senator Underwood verlangt, daß Amerika sofort einen offiziellen Vertreter in die Wiederherstellungskommission entsende.

Änderung des französischen Flottenbauprogramms.

Paris, 19. März. Der Senat nahm mit 236 gegen 2 Stimmen den Gesetzentwurf an, wonach der Bau mehrerer Schlachtschiffe ausgesetzt und dafür leichte Einheiten auf Stapel gelegt werden sollen.

Lord Derby unterstützt die Koalition.

Paris, 19. März. Lord Derby hat am Freitag in einem konservativen Klub eine Rede gehalten, in der er sagte, es sei falsch, daß er das Amt des Staatssekretärs für Indien aus dem Grund abgelehnt habe, weil er das Koalitionsschiff dem Untergang geweiht glaube. Es sei auch nicht richtig, wenn man behauptete, er halte ein weiteres Verbleiben der konservativen Minister im Kabinett für ausgeschlossen. Der wirkliche Grund seiner Ablehnung sei die Auffassung, daß er der konservativen Partei und damit seinem Lande besser dienen könne, wenn er nicht Mitglied der Regierung sei. Er werde bei den nächsten Wahlen das Wahlprogramm Chamberlains unterstützen und zwar auch für den Fall, daß dieses Programm den Koalitionsgedanken aufrechterhalten wollen. Die ganze Rede Lord Derbys läßt sich klar in dem einen Satz zusammenfassen, daß der konservative Lord Derby, wie der konservative Sir Albert Henderson die Koalition der Konservativen mit den Liberalen unterstützen.

Der Konflikt in der englischen Schiffbauindustrie.

London, 19. März. Die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Schiffbauindustrie sind gescheitert.

Englands Hilfe für Rußland.

London, 19. März. Das englische Unterhaus genehmigte mit 150 gegen 80 Stimmen einen weiteren Kredit von 100 000 Pfund Sterling zur Bekämpfung der Hungersnot in Rußland.

Die Stellung der Sowjetregierung zur Konferenz von Genue.

Paris, 19. März. Der russische Volksbeauftragte für Auswärtiges, Tschitscherin, richtete an Poincare einen Junkspruch, der die Stellungnahme der Sowjetregierung zur Konferenz von Genue enthält. Er gibt darin der Befriedigung Rußlands über die Einladung nach Genue Ausdruck, in der er den Beweis für die Erkenntnis der Großmächte erbringt, daß die wirtschaftliche und politische Hoffotterung Rußlands nicht nur unnütz, sondern direkt schädlich und die Wiederherstellung normaler Beziehungen mit ihm notwendig sei. Tschitscherin verheißt sich den Unterschied zwischen dem in Rußland und in Europa herrschenden Regime auf politischem und wirtschaftlichen Boden nicht, glaubt aber trotzdem, daß eine Verständigung über fruchtbringendes Zusammenarbeiten möglich ist. Die Konferenz müsse sich aber noch von den bisherigen Konferenzen unterscheiden und keinen Unterschied zwischen Siegern und Besiegten machen. In dem jetzigen Verhältnis der Großmächte vor der Konferenz sehe die russische Regierung aber bereits die Gefahr eines neuen

Ein Malenglück.

Originalroman von E. Wildenburg.

21.

(Nachdruck verboten.)

Dieter beachtete sie kaum und fragte nervös nach Wilma. Er konnte aber Gretes Antwort nicht gleich verstehen, da sie in dem gewaltigen Redeschwall der Frau Buhlside unterging, die inzwischen von der Männerstimme herbeigelockt worden war. Unter Anixen geleitete sie den vornehmen Gast in ihren Salon. Graf Dieter, der seine Ungeduld nicht mehr beherrschen konnte, fiel ihr sofort in die Rede:

„Wo ist Fräulein Veldorf, liebe Frau?“

„Dat wissen Se nich, Herr Graf? Aber die is doch längst abgereist!“

„Abgereist?“ ... Dieter fiel vor Schrecken das Monocle aus dem Auge. Es dauerte eine Weile, bis er sich wieder fassen konnte; er sah in diesem Augenblick nicht gerade geistreich aus. Seine ganzen Lebensmännchen hatten ihn am Stich gelassen.

Es vergingen einige Minuten, bis er sich zu der Frage aufraffte: „Ja, wohin ist denn Fräulein Veldorf gefahren?“

„Ich glaube, nach Eberswalde, se hat da woff Bekannte,“ sagte Frau Buhlside, sich an Wilmas sonntäglichen Ausflug erinnernd. Wilma hatte absichtlich ihre Adresse nicht zurückgelassen, denn sie wollte vollständige Ruhe haben und von allen lästigen Nachforschungen verschont bleiben. Lag doch ihr jetziger Aufenthaltsort sehr nahe an der Berliner Bahn, von wo aus man die Hauptstadt in einer knappen Stunde erreichen konnte.

„Also in Eberswalde — und die Straße, gute Frau?“ fragte Dieter dann. Mit offenem Munde stierte Frau Buhlside ihn an; dabei zuckte ihr durch den Kopf: „Ne, die dumme Wilma, dat se sich so wat entsetzen lassen konnte, so wat würde ihr nicht zum zweiten Mal geboten werden! Blitschnell ab-rückte sie im Wisse den Goldwert allein des gräßlichen Anzuges: Jackett und Ho-

waren doch sicher vom Hofschneider, dafür konnte man schon einige blaue Lappen wehnen; und dann noch die Perle in der Kravatte, und die silberne Stockbrücke, und das goldene Kettenarmband!“

Dann raffte sie sich, auf eine ungeduldige Bewegung des Gastes hin, auf:

„Die Straße, Herr Graf, die wies id nich aber Eberswalde ist ja nicht groß, das werden Se schon rausfinden, da werden Se woff Fräulein Wilma schnell finden.“

Graf Dieter verabschiedete sich nun übereilig, um aus dem Bereich der furchtbaren Frau Buhlside zu kommen. Er atmete auf, als er endlich unten auf der Luisenstraße stand.

„Fürchterlich!“ sagte er im Tone tiefsten Entsetzens halblaut und wuschte sich mit seinem duffigen rosa Waischtüchlein die heißen Tropfen von der Stirn.

VI.

Am Spätnachmittag sah Graf Dieter dann im Zuge nach Eberswalde, wo man ihm Passagiere dritter in seine erste Klasse steckte, was nicht zu umgehen war, da er einen Ferienzug nach der Ostsee erwünscht hatte.

Er stöhnte, stuchte, fügte sich aber schließlich für die kurze Strecke, denn was tut man nicht alles aus Liebe!

Es sollte ja alles noch einmal gut gehen, wie ein altes Sprichwort sagte. Davon ems; und aber Graf Dieter bis jetzt leider nichts, er litt fürchterlich unter Kinder-geschrei, fettigen Butterbrotpapieren und anderen schredlichen Sachen.

„Grauenhaft!“

Am frühen Abend langte er in Eberswalde an. Es war aber natürlich zu spät, um noch auf das Weidmann zu geben und nach Wilma zu fragen. Aber im Hotel „zur silbernen Äugel“, wo er abgestiegen war, konnte man ihm vielleicht Auskunft über die junge Dame geben, denn in einer kleinen Stadt würde es ja schnell bekannt, wenn Fremde kamen.

Der Wirt fragte den Kellner, jedoch vergeblich. Und die Frau Wirtin war heute abwesend.

Graf Dieter verbrachte nun den Rest des Tages an der Klostermauer, die ihm als Sehenswürdigkeit geschildert worden war. Vielleicht war ihm sein vergrähtes Glück hold und er trat dort gar die Erkorene seines Herzens, die ja auch einen Ausflug dorthin gemacht haben konnte. Das war sogar sehr leicht möglich denn sie hatte für dergleichen viel Geschmack und Verdäbnis.

Graf Dieter selbst hatte wenig Sinn für die herrliche Perle alter Baukunst, in deren gotische Fensterspählen das scheidende Sonnenlicht wunderbare Reize warf. Er sah auch nicht die vielen blühenden Ranken, den Schmuck des Sommers, in dem die Ruine jetzt einem verzauberten Dornröschen glück.

Das war ja alles recht gut und schön, immerhin schöner, als die kleinen Mädel's in ihren erbärmlichen Fädhaken, die auf den heruntergefallenen Steintrümmern herumkrazelten und Blumen suchten. Aber Graf Dieter langweilte es und er wanderte bald, ohne seine Flamme gesehen zu haben, wieder der „silbernen Äugel“ zu.

Das Abendessen in diesem Hotel war furchtbar. Wilma ahnte gar nicht, welche Opfer er ihr brachte. Sein ganzes Leben lang würde er diese Tour nach Eberswalde nicht vergessen.

Das Bett verursachte ihm geradezu Nervenzustände, denn es war zu kurz für seine langen dünnen Beine.

Und ein Bad konnte man in diesem Krähwinkel natürlich auch nicht bekommen. Es war einfach haarsträubend!

Graf Dieter stieß einen gelinden Fluch aus und begab sich nach beendetiger Toilette zum Frühstück in den Speisesaal hinab. Sehnichtsvoll gedachte er seiner köstlichen, schwedischen Brötchen, die seine Haushaltsperle so wunderbar zu bereiten verstand.

(Fortsetzung folgt.)

Wohlfahrts vorwärts. Die Große und die Kleine Entente machen No-Bereitungen, um mit völlig ausgearbeiteten Beschlüssen in Bezug auf Rußland an der Konferenz zu erscheinen, was die Sowjetregierung tief bedauert, da diese Taktik die Konferenz wertlos mache. Tschitscherin weist sogar auf die neuen gegen Rußland gerichteten Militärallianzen hin und gibt der Befürchtung Ausdruck, daß die Konferenz unter Umständen zum Ausgangspunkt einer neuen militärischen Intervention in Rußland werden könne. Auch die vom Westen inszenierte Campagne der Lüge und Verleumdung gegen die Sowjetregierung bezwecken nur, die Konferenz von Genua zu vereiteln. Die russische Regierung sei bemüht, in Rußland Verhältnisse zu schaffen, die der Entwicklung der Privatinitiative auf dem Gebiet des Handels, der Industrie, der Landwirtschaft und des Verkehrs günstig sind. Die Freiheit des Privathandels sei gesichert. Das Außenhandelsmonopol des Staates werde aufrecht erhalten. Besondere Konventionen regeln aber die Beteiligung des Privatkapitals. Ein Dekret garantiere den freien Verkehr der Edelmetalle. Ferner sei die Bildung von Finanz- und Handelsallianzengesellschaften wie in allen übrigen Ländern gestattet. Der Wechselverkehr sei in Uebereinstimmung mit der Haager Konvention geregelt worden. Ein neues Zivilgesetzbuch sei von dem Rat der Vollsbeauftragten genehmigt worden. Zum Schluß stellt Tschitscherin fest, daß die Sowjetregierung mit der festen Absicht nach Genua gehe, in enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit allen Staaten zu treten.

Unruhen in Ostafrika.

Nairobi, Brit.-Ostafrika, 19. März. (Havas.) Infolge der am 15. März erfolgten Verhaftung des Aufwieglers Chelus drangen etwa 1000 Eingeborene vom Stamme der Akikyas in Nairobi ein und forderten die Freilassung Chelus. Es entstanden Unruhen. Die Menge hielt die Säulen und zwang die Europäer, zu Fuß zu gehen. Es gelang der bewaffneten Polizei nicht, die Menge zu zerstreuen.

Nairobi, Brit.-Ostafrika, 18. März. (Havas.) Die Eingeborenenbewegung hat sich verhärtet. Eine große Anzahl Eingeborener aus dem Innern, sowie eingeborene Hausarbeiter haben sich der Bewegung der Akikyas angeschlossen. Sie versammelten sich am Bahnhof und beim Polizeihaus. Die herbeigekommenen Truppen gaben Feuer und zerstörten die Eingeborenen, von denen etwa 20 getötet und 80 verletzt wurden.

Militärdiktatur in Fiume.

Fiume, 19. März. Die Militärdiktatur in Fiume ist vorgestern proklamiert worden. Alle Lokale müssen um 8 Uhr abends geschlossen sein. Nach 10 Uhr abends darf sich niemand auf der Straße aufhalten. Der Militärdiktator ist Lieutenant Cabrera. Die Stadt ist vermetlich abgeschlossen.

Erklärungen Schanzers zur Lage in Fiume.

Rom, 19. März. Außenminister Schanze erklärte am Freitag in der Kammer in Bezug auf die Vorfälle von Fiume, daß die italienische Regierung weder Schuld noch Verantwortung trage. Es seien nur wenige Italiener nach Fiume gereist. Die italienische Regierung habe aber über die Haltung ihrer Offiziere und der vor Fiume liegenden Schiffe eine strenge Untersuchung anordnet. Sie werde den Vertrag von Rapallo streng innehalten, um in Fiume wieder zur Ordnung zurückzuführen, sei die Versöhnung der Parteien und die Bildung einer wirklichen Fiumanerregierung notwendig. Italien werde eine solche Regierung sofort materiell und moralisch unterstützen. Die von Jugoslawien bei der italienischen Regierung erhobenen Vorstellungen seien in freundschaftlichem Tone gehalten gewesen und gebe zu keinerlei Konflikten Anlaß. Die noch schwebenden Grenzfragen mit Jugoslawien würden sobald wie möglich geregelt werden. Auch seien Verleumdungen getroffen, um weitere Demonstrationen vor den jugoslawischen Konsulaten in Italien zu verhindern.

Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

Geldmarkt. Die Devisenkurse erwidern sich immer mehr auf Kosten Deutschlands. Unsere Handelsbilanz verschlechtert sich ständig und unser Kredit im Ausland nimmt unaufhaltsam ab. Die fortgesetzten Reparationszahlungen zwingen das Reich zum Ankauf von fremden Devisen, aber die Spekulation läuft mit und verteuert sie. 100 deutsche Mark kosteten am 16. März in Zürich nur noch 1.894 (am 9. März noch 2.06) Franken; in Amsterdam 0.974 (1.034) Gulden; in Kopenhagen 1.78 (1.92), in Stockholm 1.45 (1.55), in Wien 26.97 (28.45), in Prag 2075 (2587.50) Kronen und in New York 0.364 (0.41) Dollar. Der Dollar stellte sich also auf 273 Mark.

Wärme. Zum erstenmal seit langer Zeit zeigt sich an der Börse die Erscheinung, daß die Entwertung der deutschen Mark nicht mehr gleichbedeutend ist mit der Abberberung der deutschen Aktien. Das ist freilich nur darauf zurückzuführen, daß man überall eine gewisse Weisheit wegen der bevorstehenden Steuerzahlungen empfindet, vielleicht auch auf das Streikfever in der Metallarbeiterschaft und anderswo. Jedenfalls sind die zu Anfang der Berichtswache erzielten Kursgewinne höchstens unter dem Druck von Gewinnbegleichungen und Kaufmuth großenteils wieder verloren gegangen. Auch die Hoffnungen auf Genua sind neuerdings herabgeschmettert, wodurch die Tendenz unglücklich beeinflusst wird. Aufwärtsbewegungen zeigen sich nur in einigen Spezialpapieren. Ferner gab sich eine erfreulich gute Haltung kund in Anlagewerten, so in 4proz. Württ. Staatsobligationen, die zu 81 und in Reichsschatzscheinen, die zu 89.50 gesucht waren. Nur Kriegsanleihe ist mit 77.80 angeboten.

Produktenmarkt. Die stürmische Haufe in Landesprodukten dauert immer noch an. Weltmarktpreis ist die Parole. Festzustellen ist aber, daß die großen Preisgewinne bei uns kaum mehr den Erzeugern, die ja fast alles abgeliefert haben, sondern den Großhändlern und Spekulanten zufließen. Die Regierung scheint dem Treiben nichtig zuzusehen. In Berlin notieren am 16. März Weizen 700-705 (+40), Roggen 530-532 (+25-30), Gerste 570-585 (+50-60), Hafer 510-515 (+40). Württ. Staatsobligationen sind in der letzten Stuttgarter Landesproduktbörse sind die Notierungen für Heu und Stroh unverändert geblieben.

Warenmarkt. Keine Spur von Preisrückschlag, dagegen Erhöhungen, wozu man blüht! Es ist von Woche

zu Woche dieselbe Manier: Kohle, Eisen, Textilwaren, Hüte, Leder, Felle und Lebensmittel aller Art, so daß es gar nicht mehr möglich ist, die Aufschläge der einzelnen Artikel aufzuzählen. Die von Woche zu Woche mindestens 10 Prozent zunehmen. Ein charakteristisch ist beispielsweise die Verdoppelung der Mittagstischpreise durch die Gaspreise innerhalb eines Vierteljahres, womit die Berechtigung dieser Maßnahme keineswegs bestritten, sondern die Forderung nur auf einen Begriff gebracht werden soll. Auch die Preise für Baumwollgarne und Baumwollgewebe an der letzten Industrie- und Handelsbörse in Stuttgart sehen sprunghaft in die Höhe.

Wachmarkt. Die Preise stehen weiter an und zwar für Anzeigebill, wie für Pferde und Schaaflieh. In Stuttgart ist kein Pfund Fleisch mehr unter 30 M. zu haben. Dabei ist Vieh genug im Lande, aber die Ausfuhr ist frei, und es ist bis jetzt nicht einmal gelungen, sie zu kontingentieren.

Holzmarkt. Lage unverändert fest.

Württemberg.

Stuttgart, 19. März. (Vom Landtag.) Wie wir erfahren, wird der Landtag am kommenden Donnerstag, 23. ds. Mts. seine Vorschläge wieder aufnehmen. Voraussichtlich wird es sich um eine kurze Tagung handeln. Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Reihe von Kleinen Anfragen. Sodann wird sich der Landtag über die strafrechtliche Verfolgung von einigen Landtagsmitgliedern zu entscheiden haben und dann in die 2. Beratung des Sportlerartikels eintreten. Daran anschließend soll die 2. Lesung des Gesetzentwurfs über erhöhte Anrechnung der Kriegsdienstzeit erfolgen. Außerdem soll noch der 15. Nachtragsetat zum Staatshaushaltsplan und in Verbindung damit die Große Anleihe des Abg. Bod. (Jr.) über die Notlage der Kleintierhalter beraten werden.

Stuttgart, 19. März. (Vom Stuttgarter Handelshof.) Nach einer Meldung aus Berlin hat der Hauptauschuß des Reichstags heute für den Stuttgarter Handelshof einen jährlichen Reichszuschuß von 250 000 Mark bewilligt. Die Kölner und die Breslauer Messe sollen je 625 000 M., die Messe in Frankfurt a. M. 1 Million M. und die Messe in Leipzig 7 1/2 Millionen Mark Reichszuschuß erhalten.

Stuttgart, 19. März. (Der Metallarbeiterstreik.) Am Samstag standen rund 3000 Metallarbeiter im Streik. In verschiedenen Betrieben des Landes läuft die Kündigungszeit der Arbeiter erst Mitte oder Ende der neuen Woche ab. Die Arbeitgeber haben bereits auch Ausperrungen vorgenommen. Die Firma Rob. Voigt sperrte am Samstag nachmittag ihre Arbeiter aus. In Heilbronn standen am Samstag 17 Betriebe mit 4400 Arbeitern im Streik, drei Betriebe sind nicht bestreift. In Reutlingen sind 17 Betriebe mit rund 2000 Arbeitern vom Streik betroffen. Wie überall, so haben auch hier die Schlichtungsstellen, denen der Metallarbeiterverband die Kündigung freigestellt, nicht gelüftet. Bei Wagner und Fieber wurde zwei Drittel der Arbeiterschaft, die den Schiedspruch nicht annahm, gekündigt. In Göttingen, Reutlingen und Oberkochen wird in 21 Firmen gestreikt, in einigen anderen ist auf acht Tage gestreikt. In der Maschinenfabrik Göttingen trat die ganze Belegschaft, mit Ausnahme eines Absperrers, zum Fortschritt verpflichteten Teils, in den Streik. In Göttingen, Göttingen und Ulm ist die Arbeiterschaft der größeren Betriebe in den Streik eingetreten.

Lotterien. Das Ministerium des Innern hat folgende Geldlotterien genehmigt: Eine Lotterie zugunsten des Landesverbands Württemberg des Zentralverbands deutscher Kriegsgeldbesitzer und Kriegsteilnehmer, des bayerischen Verbands für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, des Reichsausschusses für Leibesübungen, des Touristenvereins „Naturfreunde“ in Karlsruhe und der hessischen Hauptfürsorgestelle des Kriegsgeldbesitzigen.

Kurze Chronik.

Am Eisenbahnviadukt bei Waiblingen stürzten zwei mit Ausschlepparbeiten beschäftigte Arbeiter ab; sie waren sofort tot. — Auf einer Tagung der drei Handelskammern Ulm, Ravensburg und Heidenheim mit Vertretern der Generaldirektion wurde eine Verbesserung der Zugverbindungen ins Oberland und nach Crailsheim angeregt. — Schulheiß Held in Mürtlingen feierte sein 25jähriges Amtsjubiläum. — Wegen den Schulheiß Hapfel in Neckargartach ist vom Oberamt das Disziplinarverfahren eingeleitet worden, seine Verfehlungen sollen sich allerdings nicht auf seine Amtstätigkeit erstrecken. — Der Stadtpfarrer von Dr. Fürst in Gaildorf ist nach langer Krankheit in Dörsch gestorben. — Der Franziskanerorden hat von der Oberkirchenbehörde die Erlaubnis zu einer Ordensniederlassung in Saulgau erhalten. — Gerhart Hauptmann trat zu kurzen Aufenthalt in Freudenstadt ein. — Der Schneider Friedrich in Jagstheim, der vollkommen betrunken nach Hause kam, brachte seinem Sohn eine Stichwunde bei, die ärztliche Behandlung erforderlich machte. — Der Konzertsaal in Neu-Ulm wird in eine Fabrik umgewandelt werden. — In Solach stürzte an einem der neu zu erstellenden Wohnhäuser des Bau- und Sparvereins eine Gaubmaner ein; der 17jährige Maurer Staudenmeyer und der Bauhilfer Kurz wurden unter den Trümmern begraben. Beide erlitten schwere Verletzungen. — In Heidenheim verstarb der Mitinhaber der bekannten Deckenfabrik Joepprich in Mergelstetten, Kommerzienrat Viktor Joepprich. — Als Nachfolger für Professor Kuland auf dem Lehrstuhl der Botanik an der Universität Tübingen ist Professor Dr. Ernst Lehmann in Aussicht genommen. — In Böblingen wurden in dieser Woche mehrere Einbrüche in ein Schuhgeschäft verübt. Von den Dieben hat man noch keine Spur.

Baden.

Karlsruhe, 19. März. In den seit längerer Zeit schon schwebenden Verhandlungen zwischen den badischen

Rechtsanwälten und den Ärzten, die zu einer Einigung führten, hat das in dem badischen Montelvertrag vorgesehene Schiedsamt damit entschieden, daß in dem Verhältnis zwischen Krankenkassen und Ärzten die sog. glatte Skala anzuwenden ist. Es wurde ein bestimmter Gebührensatz für den 1. Januar 1922 festgesetzt, zu dem der jeweils gültige Reichsindex in der Weise zugefügt wird, daß aus jedem Vierteljahr das Mittel der für die drei Monate gültigen Reichsindexziffern genommen wird. Die Anwendung erfolgt auf die ärztliche Grundleistung und ebenso auf die übrigen in der badischen tarifmäßigen Gebührenordnung vorgesehenen Sonderleistungen.

Bruchsal, 19. März. Auf Anregung des Stadtrats wurde in einer sehr gut besuchten öffentlichen Versammlung die Gründung eines Verkehrsvereins vollzogen, an dessen Spitze Stadtrat, Rechtsanwalt Strauß als Vorsitzender, Stadtverordneter Konditormeister Velloja als 2. Vorst., Landdirektor Bär als Kassenvorst. und Sekretär Herzer als Geschäftsführer bestellt wurden. Eine Hauptaufgabe des Verkehrsvereins wird sein, dafür zu sorgen, daß das Bruchsaler Schloß, diese Perle des Neckars, in immer weiteren Kreisen bekannt wird. Im vergangenen Jahr betrug die Zahl der Schloßbesucher 15 000.

Neckargemünd, 19. März. Aus dem hiesigen Bahnhof geht eine endlose Reihe schöner neuer Güterwagen, die als Reparationszahlung an Serbien bestimmt sind und auf ihre Abfuhr warten.

Schopfheim, 19. März. Hier wurde ein Industrie-Bauverband Oberbaden G. m. b. H. gegründet, der der Wohnungsnot in den Industriegebieten abhelfen will. Der Verband will in zahlreichen Gemeinden Wohnhäuser für Angestellte und Arbeiter erbauen. Der badische Staat wie die Industriegemeinden sind mit Stammanleihen an dem Bauverband beteiligt.

Schönau i. B., 19. März. Zu dem Hochwasserunglück, das vom Nonnenmattweier aus über die tiefer gelegenen Gemeinden hereinbrach, wird der „Volkswacht“ noch mitgeteilt, daß die Gemeinde Neuenweg die Bauarbeiten nicht von einem Ingenieur, sondern von einem Monteur ausführen ließ, der über Tiefbauarbeiten keinerlei Erfahrung besitzt. Eine behördliche Baukontrolle habe nicht stattgefunden, die Ursache für das Hochwasserunglück liege allein an der schlechten Bauausführung der Schlenke.

Pörrach, 19. März. In Pörrach konnte von zwei Nachwächtern ein großer Beutel Diebesgut, Stoffe im Werte von gegen 100 000 Mark beschlagnahmt werden, der von zwei Männern auf einem beladenen Wagen fortgeführt wurde. Die Diebe wurden verhaftet; es soll sich um einen Bahndiebstahl handeln.

Freiburg, 19. März. Umfangreiche Betrugsereien zum Schaden der Unternehmungskassen für vertriebene Ehefrauen verübten der 25jährige Schlosser August Gottlieb aus Schliengen und seine 25jährige Ehefrau. Bei der Hülfsstelle der vertriebenen Ehefrauen in Pörrach gaben sie unwahrheitsgemäß an, sie seien aus dem Ober-Elsass ausgewiesen worden und hätten dort ihre Möbel zurückgelassen. Gottlieb wurde zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und seine Ehefrau zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt.

Freiburg, 19. März. Die Entlassung von Postanstellern beim hiesigen Hauptpostamt ist nun Tatsache geworden. Insgesamt war 31 Postanstellern gekündigt worden, von denen 11 den Schlichtungsausschuß anriefen, die aber mit ihrer Einsprache abgewiesen wurden, da rechtlich haltbare Einwände gegen die Kündigung nicht vorgebracht werden konnten.

Konstanz, 19. März. Der 18jährige Sohn des Uhrmachermeisters C. F. Vahardt hat sich auf dem Bodensee in einer Gondel erschossen. Altem Anschein nach liegt aber nicht Selbstmord, sondern ein Unglücksfall vor, der dadurch hervorgerufen wurde, daß der junge Mann mit einem Revolver spielte.

Strasbourg, 19. März. Die internationale Rheinsechskommmission ist auf den 25. April einberufen worden. Den wichtigsten Beratungsgegenstand bildet die Frage des Rheineitenkanals und die Rheinregulierung. Nachdem die französische Deputiertenkommission den Gesetzentwurf über den Abbau der Straßburger Umwallung angenommen hat, werden die freierwerbenden Geländeteile zu die Stadt fallen, die zu Baugründen verwendet werden.

Strasbourg, 19. März. Die Unsoberkeit auf den französischen Eisenbahnen greift nun auch auf die elsässisch-lothringischen Schnellzüge über, da aus Sparmaßnahmen die für den Reinigungsdienst der Wagen angestellten Frauen entlassen worden sind. Die Sauberkeit der Züge und der in ihr enthaltenen Aborte läßt bereits viel zu wünschen übrig.

Bermischtes.

90. Geburtstag. In Cannstatt konnte Frau Stadtpfarrer Julie Wängler, die einzig noch lebende Tochter des Komponisten Eichler, ihren 90. Geburtstag begangen.

Der Vogelsendurchschnitt. Die Arbeiten zur Verwirklichung des Vogelsendurchschnitts St. Die-Saales sind in vollm Gange. Das Teilschiff St. Die-Bronnenbrunn wird bis Mitte Juli 1922 beendet und zu gleichem Zeitpunkt dem Verkehr übergeben werden. Der 1180 Meter lange Tunnel zwischen Saales und Lubine wird ebenfalls im Sommer dieses Jahres vergeben werden.

50 000 Mark von Mäusen zerstreuen. Ein beglückter Landwirt in Niederwiesloch (Wald) verwahrte 50 000 Mark in fünfzig Markheinen im Bett. Als er letzter Tage danach sehen wollte, mußte er wahrnehmen, daß sein sämtliches Geld von Mäusen zerstreut war.

Ein kleiner Knabe spielte in Hiltersberg (Wald) mit edigem Holz, das er dabei auch in den Mund nahm. Das Kind verstarb in die Luftröhre und blieb ihm stecken. Der Junge verstarb im Krankenhaus.

Zusammengebrochene Brücke. In Ramstein in der Pfalz ist die Brücke vor dem Dorf an der Ländholzfabrik, als ein Wagen, der einen Keisel im Gewicht von



420 Zentner nach der Händholzfabrik bringen sollte, darüber fuhr, zusammengebrochen. Der Verkehr ist nicht behindert, da der zusammengefallene Teil der Brücke auf der Böschung liegt. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Brand. In dem Sägewerk der Gebr. Heinz in Somburg (Saargebiet) brach Feuer aus, dem das ganze Sägewerk zum Opfer fiel; der daran stehende Maschinenbau konnte gerettet werden. Der Schaden beläuft sich auf 1.500.000 Mk. Eine Brandversicherung war nicht abgeschlossen. Es wird Brandstiftung vermutet; die Untersuchung ist im Gange.

Der Mann mit den 33 Bräuten. Ein angeblicher Eugen Kohn, der sich in Lebe i West, unangemeldet anstellte, hatte es verstanden, sich im Laufe eines Jahres 33 Bräute anzuschaffen, von denen er mit Geld und Wertgegenständen beschenkt wurde. Jetzt ist er mit einer Kaufmannsangehörigen, die ihrem Arbeitgeber 30.000 Mk. unterschlagen hat, durchgebrannt. Von Bremen hat der Don Juan an sämtliche „Bräute“ geschrieben, daß er „bald wiederkommen“ werde.

Von der Bedeutung eines Zeitungsinsertes. Die Klame ist das öffentliche Gesicht eines Geschäftes. Der erfolgreiche Amerikaner Vanderbilt hat von dieser Einschätzung ausgeht: „Wie kann die Welt wissen, daß Du ihr etwas Gutes zu geben hast, wenn Du es ihr nicht anzeigst.“ Mit Hilfe der Klame sollen neue Bedürfnisse geweckt, sollen neue Werte geschaffen und soll das alte Erprobte vor dem Untergange geschützt werden. Deshalb hat das Zeitungsinsert nicht nur wirtschaftliche, sondern auch kulturelle Bedeutung. Ueber die Wirkung eines solchen Inserats hat sich der Besitzer des großen Berliner Konfektionshauses Rudolf Herzog folgendermaßen geäußert: „Als ich nicht inserierte, hatte ich so geringen Umsatz, daß ich besser getan hätte, mein Geschäft zu schließen. Dann begann ich zu inserieren; ich wendete im ersten Jahre 1200 Mk. daran und mein Umsatz stieg auf 30.000 Mk., im nächsten Jahre verwendete ich 30.000 Mk. auf Inserate und mein Umsatz stieg auf Hunderttausende und jetzt beträgt er Millionen und mein Gewinn steigt im Verhältnis dazu. Alles, was ich habe, meinen Verdienst, mein Millionengeschäft, verdanke ich nicht der Solidität meiner Geschäftsführung, sondern zu 99-100 Prozent den Zeitungsanzeigen.“ Diesen Ausspruch finden wir im Zeitungsverlag mit dem Hinzufügen, daß das beste Inserat seinen Zweck nicht erfüllt, wenn es nicht am richtigen Platz und zur richtigen Zeit erscheint. Alles Ueberflüssige müsse darin vermieden werden, auch darf das Inserat wohl verblüffen, aber nicht verletzen. V. Franklin habe einst seinen Sohn ermahnt, nur Geschäfte zu machen mit Leuten, die Anzeigen veröffentlichen, denn diese, so sagte er, seien intelligent und man werde dabei nie verlieren. Jedenfalls sei es Tatsache, daß ständiges Inserieren heutzutage das Fundament eines gutgehenden Geschäftes sei und daß der Kaufmann, der mit dem Inserieren aufhört, geschäftlichen Selbstmord begehe. Deshalb werde die Wahrheit des Ausspruchs von Barium immer bestehen bleiben: Der Weg zum Reichtum geht durch die Druckerkunst.

Frühjahrsfütterung der Bienen. Die Frühjahrsfütterung der Bienen besteht darin, daß man die bedürftigen Honigwaben nach und nach auflädt und den Honig bloßläßt. Die Bienen fallen dann darüber her, tragen den Honig nun nach den Stellen hin, wo sie ihn für die Brut brauchen und lösen auch den etwa verzuhrten Honig auf. Dadurch kommt Leben und Bewegung in den Bau, es wird ihm bei diesem Verfahren eine Tracht vorgeläutert und die Bienennutter wird zu einem gesteigerten Brutansatz angereizt. Das ist eine ganz gefahrlose und wirksame Nahrungsfütterung, während das, was man gewöhnlich darunter versteht, nämlich die tägliche Darreichung kleiner, flüssiger Futterrationen, sehr gefährlich für die Bienen werden kann, weil sie nach jedem Futter am folgenden Tag starr fliegen und viele von ihnen

in dem noch rauhen Frühjahrsvetter umkommen. Zum Aufladen der Honigwaben bedient man sich am besten einer einfachen Tischgabel.

Der Schnittlauch. Schnittlauch kann man vom Frühjahr bis zum Herbst pflanzen. Man pflanze ihn aber nicht in zu schwerem, festem Boden und halte womöglich allen frischen Dünger von den Wurzeln fern. Man wähle für den Schnittlauch im Garten eine Lage, wo er während der Sommermonate nicht den Strahlen der heißen Mittagssonne ausgesetzt ist. Ein ausgezeichnetes Mittel, ihn zu üppigem Wachsen zu bringen, ist das Ueberstreuen mit Dünger bei Regenwetter; in Ermangelung von Dünger leistet auch Wasser gute Dienste. Noch wirksamer ist das Begießen mit Brühe, die von Sauerkraut geschöpft ist; jedoch muß sie vor der Anwendung mit Wasser verdünnt werden. Auch Sriesenwasser wirkt günstig auf das Wachstum. Den Schnittlauch kann man auch leicht in Töpfen ziehen, will man den ganzen Sommer frischen, zarten Schnittlauch haben, so schneide man ihn dicht über der Erde ab, sobald er fingerhoch geworden ist, bedecke ihn leicht mit guter Erde und bestreue ihn fleißig mit Kompost.

Kommen sie zu Oculi? Der nächste Sonntag, der vierte vor Ostern, hat bekanntlich für den Jäger einen besonderen Klang, weil ein alter Spruch das Erscheinen der Schneepflügel mit ihm in Zusammenhang bringt:

Oculi — da kommen sie!
Lätare — das ist das Wahre!
Judica — sie sind auch noch da!
Palmarum — trullarum!

Quasimodogeniti — halt Jäger, halt, jetzt brüten sie! Wenn nun diese alte Jägerregel auch gewiß nicht wörtlich zu nehmen ist, so sollte sie doch etwas wie eine Richtlinie geben. Nach den wissenschaftlichen Forderungen der neueren Zeit ist es jedoch überhaupt unzutreffend, den Schneepflügel, wie man früher meinte, auf einen ungefähren gleichbleibenden Termin — etwa die Mitte des März — zu setzen. Die Beobachtung der Schneepflügel, auf denen die von unseren Jägern so sehr geschätzten Vögel im Frühjahr aus dem Süden zurückkehren, hat gezeigt, daß die Migrationszeit der Schneepflügel früher oder später bei uns einkehrenden wärmeren Jahreszeit wechselt.

Gegen den englischen Schnurrbart. Aus London wird geschrieben: Die „Chicago Tribune“ meldet, daß durch den Umstand, daß der Verlobte der Prinzessin Mary, Viscount Lascelles, einen Schnurrbart trägt, eine Aenderung der jetzt in Paris herrschenden Mode eintreten wird. Französische Kreise, die noch an dem alten Gebrauch festhalten, haben sich immer gegen die englische Mode des glattrasierten gestraubt und konstatieren jetzt mit Genugtuung, daß der Bräutigam bei der Trauungsfeierlichkeit in der Westminsterabtei einen wirklichen Schnurrbart nach französischer Mode tragen wird, also keine abgenagte Zahnbürste, sondern einen wirklichen, schönen, langen Schnurrbart mit fein ausgezogenen Spitzen. Uebrigens ist in England seit der Verlobung der Königs-Tochter der Schnurrbart ebenfalls wieder Mode geworden, und bei der Eröffnung der Rennsaison in Auteuil, Longchamps und Chantilly wird man ebenfalls wieder schnurrbartgeschmückte Gesichter sehen. Die neue Mode hat nicht das Wohlgefallen der Londoner „Times“, deren Leitartikel ihr sogar eine ausführliche Abhandlung gewidmet hat. Die Entente ist um einen schweren inneren Konflikt reicher.

Die kommende Sonnenfinsternis. Auf der Erde sind in diesem Jahre zwei Sonnenfinsternisse zu beobachten: die eine am 28. März, die andere am 21. September. Der zuletzt genannten wendet sich das besondere Interesse der Astronomen zu, da sie eine vollständige Sonnenfinsternis unseres Zentralgestirns bringt. Sie wird mit umso höherer Aufmerksamkeit verfolgt werden, als sie auch zu einer Nachprüfung der aus der Einsteinschen Relativitätstheorie abgeleiteten Folgerungen dienen soll. Während diese vollständige Sonnen-

finsternis in Europa nicht sichtbar ist, können wir die vom 28. März, die der Neumond uns bringt, zum Teil verfolgen. Der Schatten des Mondes trifft die Erde zuerst in Südamerika, wo also der Anfang der Finsternis mit dem Aufgang der Sonne zusammenfällt. Dann streift der Schatten über Süd- und Mittelamerika, über den Atlantischen Ozean, Nord- und Mittelafrika, Europa mit Ausnahme des Nordens und verläßt schließlich die Erde in Südwestasien, wo die Verfinsternis gerade mit Sonnenuntergang endet. Es wird nur eine partielle Sonnenfinsternis eintreten, die für südliche Gebiete der Erde ringförmig ist; in unseren Breiten wird nur etwa ein Viertel des Sonnendurchmessers verfinstert, während der größere nördliche Teil der Sonne unbedeckt bleibt. Der Beginn der Finsternis überhaupt ist 11 Uhr 12 Min. vormittags (mitteleuropäische Zeit), der zentralen Finsternis 12 Uhr 9 Minuten, Ende der zentralen Finsternis 4 Uhr 14 Min., der Finsternis überhaupt 5 Uhr 9,2 Min. Selbstverständlich verschiebt sich der Eintritt der Finsternis je nach Lage des Ortes. In Süddeutschland wird die Verfinsternis größer sein als in Norddeutschland. Da die Mondscheibe die Sonnenscheibe gewissermaßen nur durchschneidet, sehen wir selbst in der größten Phase der Verfinsternis ihre Verdunkelung nur in linsenförmiger Weise, wie sie etwa die Schraffierung der Bedeckungsfläche zweier zum Teil ineinander geschobener Kreise ergibt.

Künstliche Smaragde? Wiener Berichten zufolge soll es einem österreichischen Chemiker gelungen sein, in einem besonderen elektrischen Schmelzofen künstliche Smaragde in ziemlicher Größe herzustellen, die den echten natürlichen Steinen in jeder Beziehung gleichen.

Locales.

Zur Befundung der Gemeindefinanzen. Der Reichsstädtebund hat zum Entwurf der Novelle zum Landessteuergesetz beantragt, den Anteil der Länder und Gemeinden an der örtlichen Einkommensteuer von 2/3 auf 1/2 und den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer von 5 auf mindestens 10 Prozent zu erhöhen, sowie den Betriebsgemeinden für ihre sämtlichen örtlichen Betriebe einen Anteil an der Umsatzsteuer reichsgesetzlich zuzubilligen, auch wenn sich die Leitung des Unternehmens in einer anderen Gemeinde befindet. Bisher erhielt die letztere Gemeinde den Ertrag der gesamten Umsatzsteuer der auswärtigen Betriebe eines Großunternehmens. Ferner hat der Bund eine Erhöhung der vorgesehene Sätze der Gemeindeabgabe auf Vuzugestänke beantragt.

Baut Zuckerrüben! Der Verband der süddeutschen Zuckerrübenpflanzer hat mit den Zuckerrüben Süddeutschlands einen Anbauvertrag für das Jahr 1922 abgeschlossen, der den Landwirten außer dem günstigen Grundpreis noch besonders wertvolle Vorteile verschiedener Art sichert. Die Fabriken geben zurzeit diese neuen Akfordverträge hinaus und wir möchten angesichts der schon sehr nahe gerückten Saatzeit nicht nur unseren setzigen Mitgliedern, sondern auch allen übrigen Landwirten dringend ans Herz legen: Bauen Zuckerrüben und schließt diesbezügliche Akorde mit diesem Vertrage mit unseren Zuckerrüben ab, nicht nur weil die Bedingungen außerordentlich günstig sind, sondern auch, damit die allgemeinen Klagen über den noch immer herrschenden Zuckermangel in Land und Stadt in absehbarer Zeit verstummen können.

Dollarkurs am 18. März 283 Mark.

Zeitungsdiens mit Frankreich. Nach Berliner Blättermeldungen nehmen zum 1. April 1922 sämtliche Postanstalten wieder Bestellungen auf französische (auch elsaß-lothringische) Zeitungen entgegen. Außerdem können aus folgenden fremden Gebieten jetzt Zeitungen durch die Post bezogen werden: Belgien, Dänemark, Gebiet der Freien Stadt Danzig, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Mittelgebiet, Norwegen, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Nur 2 Tage!

Hingerichtet

sind alle Augen auf die hohen Preise, die ich im „Gasthaus zur Eisenbahn“ hier morgen Dienstag, den 21. März bis Mittwoch, 22. März, abends 7 Uhr für Lumpen und dergl. bezahle.

Schöne Hauslumpen	1—1.50 Mk.
Wollgestricktes	12.— Mk.
Neutuch-Abfälle	3.— Mk.
Knochen	1.— Mk.

Altmetall:

Kupfer	35—40 Mk.
Messing	15—20 Mk.
Blei und Zinn	8—10 Mk.
Zinnteller, Bettflaschen Krüge und sonstiges Zinngeschirr	60—80 Mk.

Papier:

Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Altenpapier	1.50 Mk.
Gewöhnliches Papier	1.— Mk.

Alles pro Kilo.

Alt Eisen je nach Quantum und Qualität zu den höchsten Preisen.

Jedes Kind erhält bei größeren Quantums noch ein Geschenk.

Kaufe von Händlern zu Tagespreisen.

Frau Spindler, Stuttgart, Paulinenstr. 3.

Eier.

Infolge zu geringer Bestellungen auf Eier muß von der Belieferung an die Bevölkerung Abstand genommen werden.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Ev. Kirchengemeinde Wildbad.

Der Voranschlag der Kirchenpflege No 1921/22 liegt vom 21.—28. März zur Einsichtnahme der Kirchengemeindegemeinschaften offen auf dem Amtszimmer des Unterzeichneten.

Ev. Stadtpfarramt:
41 Dr. Federlin.

Weltbekannt

Salamander = Stiefel!

Gute Paßform! Unübertroffen
Hohe Eleganz! in Güte!

Alleinverkaufsstelle für Wildbad:
Hermann Luz, Wildbad.

2 möbl. Zimmer mit Küche

In Wildbad während der Sommermonate sofort gesucht.
Preisangeb. an W. Dohmann, Stuttgart, Calwerstraße 54.

Gummibettstoff,

prima Qualität, noch sehr preiswert.

Zu haben bei
Gebr. Schmit Med.-Drogerie.

Kräftige
Erfstlings-Ziege,
mit Jungem, unter drei die Wahl, sowie einige
Bock- u. Ziegenlämmer,
hat zu verkaufen.
Fröhlich, Hohenlohestraße.

Gewandte
Stenotypistin
auf 15. April oder 1. Mai gesucht.
42 Kurverein Wildbad.



Regenschirme

kaufen Sie am besten und billigsten nur beim
Fachmann
W. Kunze,
Pforzheim
Schirmmachermeister,
nur Kronenstr. 3 nur
Reparaturen sofort.

Junge Dame

26 Jahre alt aus gut. Hause mit gedieg. Allg. Bildung wünscht Beschäftigung als
Hausdame
in einer Pension.
Brenneke, Berlin, Ufedomstr. 18 a.



Fußb.-Verein Wildbad

verein. Fußb.- u. Sportver.
Heute abend
Training
f. Athletik-Abtollg.
Der Hallwart.

Bohnerwachs,
Marke „Blene“
Gebr. Schmit, Rediz.-Drogerie.

